

## Vorwort

Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde!



Wir stehen aktuell auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und der Verteidigungspolitik, aber auch auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltpolitik vor gewaltigen Problemen und Herausforderungen. Das Tempo vielfältigster globaler Veränderungen beunruhigt, ob durch Kriege, beim Klima oder der Energie, der Inflation, bei der weltweiten Ernährungssicherheit oder den Fragen von Flucht und Migration viele Menschen in unserem Land.

Russland greift am 24. Februar unter Bruch des Völkerrechts die Ukraine an und droht dem Westen zugleich mit seinen Atomwaffen. In der Ukraine tobt seitdem ein brutaler Krieg.

Zu lange hat sich der Westen zu sicher gefühlt.

## Inhaltsverzeichnis

### Vorwort

*Joachim Schaprian*

### Zeitenwende in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

*Siemtje Möller*

### Zeitenwende – Beginn einer neuen Ära

*Lars Klingbeil*

### Aus dem Arbeitskreis:

### Vorstandsmitglied Moritz Brake legt Forschungsarbeit zur gegenwärtigen Deutschen Marine als Werkzeug der Außenpolitik vor

*Joachim Schaprian*

### Impressum

## **Veranstaltungen**

12. November, Samstag:  
Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der NRWSPD im Gustav-Stresemann Institut in Bonn.

22. November, Dienstag, 19:00 Uhr:  
„Die gegenwärtige Deutsche Marine als Werkzeug der Außenpolitik“, Vortrag unseres stellv. Vorsitzenden Kapitänleutnant Dr. Moritz Brake, Moltkesaal BMVg, Bonn. Anmeldung via GSP Bonn: bonn@gsp-sipo.de

5. Dezember: Sicherheitspolitische Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, "Zeitenwende in der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Auswirkungen auf die Bundeswehr" , 17:30 bis 20:00 Uhr in Bonn. Referent u.a. Thomas Hitschler, Staatssekretär im BMVg

18. Juni 2023: 18. Petersberger Gespräche in Königswinter.

Das Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands vor 32 Jahren war eine welthistorische Zäsur. Viele Menschen glaubten 1989, dass sich die Staats- und Gesellschaftsordnung des Westens weltweit durchgesetzt habe. Man hoffte, Russland einzubinden und einen Wandel durch Handel zu erreichen. Ein Krieg zwischen Staaten in Europa schien für viele unvorstellbar. Das prägte die Einstellung vieler Menschen zur Notwendigkeit von Streitkräften und hatte Auswirkungen auf die Bundeswehr. Internationales Krisenmanagement stand ab 1992 im Mittelpunkt. Die Friedensdividende wurde eingefahren, der Aufwand für die Bundeswehr wurde drastisch reduziert mit der Folge veralteter Ausrüstung, Ersatzteilemangel, fehlender Munitionsvorräte.

Und dann kam das, was manche einen Realitätsschock nannten. Putins Krieg gegen die Ukraine markiert nicht nur eine Zeitenwende für die deutsche, sondern auch für die europäische Sicherheitspolitik. Die brutale Machtpolitik Russlands verdrängte in vielen Köpfen romantische Vorstellungen, die man sich über die Beziehungen zu autoritären Staaten gemacht hatte. Sicherheitspolitik bekam quasi über Nacht einen völlig neuen Stellenwert.

Doch die Nato steht zusammen und unterstützt die Ukraine, u. a. auch durch Waffenlieferungen. Umfangreiche Sanktionen des Westens gegen Russland wurden beschlossen. Die NATO, wird von den Menschen wieder als Garant unserer Sicherheit wahrgenommen. Europa und Deutschland sind bemüht, die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen abzubauen. Gleichzeitig fürchten viele Menschen in unserem Land, dass dadurch Deutschland und die NATO in den Krieg reingezogen werden.

Bundesregierung und Bundestag beschließen in enger Abstimmung mit den Nato- Partnern Rüstungslieferung an die Ukraine und wollen mit

einem Sondervermögen von 100 Mrd. die Bundeswehr besser auszurüsten mit dem Ziel, eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr aufzubauen.

NATO und EU haben reagiert und neue strategische Konzepte verabschiedet, die Bundesrepublik wird erstmals in ihrer Geschichte eine Nationale Sicherheitsstrategie erarbeiten. Die NATO stellt fest, Russland ist die größte Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.

Das neue Strategische Konzept der NATO – beschlossen auf dem Gipfel im Juni dieses Jahres – bestimmt als Kernaufgaben des Bündnisses Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit. Im März dieses Jahres billigten die Mitgliedstaaten der EU mit dem Strategischen Kompass ein neues außen- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument.

Um glaubhaft Abschreckung und Verteidigung zu gewährleisten, sind umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr einzuleiten.

Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr zu trennen. Die autoritären Staaten, allen voran Russland und China, fordern die Demokratien zum Systemwettbewerb heraus. Russland setzt die Gaslieferung nach Europa als Waffe ein. Die Angst wird geschürt, das hierdurch die Wirtschaft nachhaltig geschädigt und Gas/Strom unbezahlbar für viele Bürger wird. Das gehört zu Putins Strategie. Er führt einen Krieg gegen die europäischen Demokratien, er will sie zersetzen und auseinanderdividieren. Unsere Solidarität zur Ukraine ist unverzichtbar, wird aber auch uns einen hohen Preis inklusive Wohlstandseinbußen abverlangen. Deshalb ist es wichtig, den sozialen Zusammenhalt im Lande zu stärken.

Die sicherheitspolitische Zeitenwende infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine fordert Deutschlands Selbstverständnis und Rolle massiv heraus. Im Raum steht die Diskussion, muss Deutschland aufgrund seiner Größe und seiner Wirtschaftsmacht eine besondere Verantwortung und Führung in Europa auf dem Feld der Sicherheitspolitik übernehmen. Im Mittelpunkt des Newsletters steht deshalb ein Beitrag des Parteivorsitzenden der SPD Lars Klingbeil zum Thema“ Zeitenwende – der Beginn einer neuen Ära“. Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem im Oktober erscheinenden Buch „Zeitenwende in der Sicherheitspolitik- Deutschlands Weg in eine Neue Ordnung“ der uns von den Herausgebern Ringo Wagner/H.J. Schaprian vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Als weiterer Beitrag stellen wir den Vortrag der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller „Zeitenwende in der DEU Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, gehalten während der 17.Petersberger Gespräche zur Sicherheit im Juni, vor.

Ansteht eine breite gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige regelbasierte Ausrichtung unserer Friedens- und Sicherheitspolitik und über die neue strategische Konzept Deutschlands. Dazu weisen wir schon heute auf das 4.Buch der Herausgeber Wagner/Schaprian hin, in dem 20 kompetente Autoren ihre Bewertung der aktuellen Lage und Handlungsvorschläge vorstellen.

Ich hoffe, dass unser Newsletter mit seinen interessanten Beiträgen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder Ihr Interesse findet.

Bleiben Sie zuversichtlich und gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Schaprian, Oberst a. D. Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der NRWSPD

Newsletter – Ausgabe 01 / 2022 (15. Jahrgang)  
5

## **Zeitenwende in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

**Keynote auf den Petersberger Gesprächen 2022**

Siemtje Möller

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der  
Verteidigung



Ich möchte in meinen Ausführungen drei Aspekte der Zeitenwende und ihre Implikationen in den Blick nehmen: Dazu starte ich mit einem kurzen Blick auf eine strategische Standortbestimmung für DEU. Im Anschluss gehe ich auf die Wirkung der Zeitenwende auf DEU Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein und abschließend betrachte ich, wie sich die Zeitenwende in unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Aktivitäten und Maßnahmen und für die Bundeswehr bereits aktuell auswirkt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zum strategischen Umfeld und wie wir es wahrnehmen:

Seit längerem erleben wir eine Verschlechterung der Sicherheit Europas durch russisches Agieren: die Annexion der Krim in 2014, die Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine, die immer stärker werdende politische Einflussnahme auf Nachbarländer durch Russland, der Bruch des INF-Vertrags durch die Entwicklung auch nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen, die intransparente Aufrüstung u.a. mit Hyperschallwaffen sowie hybride Aktionen gegen westliche Staaten – alles nur Beispiele die Aufzeigen wie sich die sicherheitspolitische Lage in Europa verschlechtert hat.

Nicht zu vergessen ist das Ende des langjährigen westlichen Engagements in Afghanistan und die damit verbundene militärische Evakuierungsoperation in Kabul, was noch nicht einmal ein Jahr her ist. Bereits hier sprachen viele von einer sicherheitspolitischen Zäsur für den Westen.

Viele unserer heutigen Herausforderungen und Bedrohungen verstärken sich gegenseitig. Dabei werden zunehmend die Grenzen und das Handlungsvermögen von Nationalstaaten und sogar überregionaler Organisationen und Bündnisse überschritten.

Warum sprechen wir dennoch JETZT von einer Zeitenwende?

Zum einen erleben wir nur drei Flugstunden vom Flughafen Köln/Bonn entfernt seit über drei Monaten einen völkerrechtswidrigen und rücksichtslos geführten russischen Angriffskrieg in Europa, in Umfang und Brutalität, vor allem gegen die Zivilbevölkerung wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr.

Hinzu kommt, dass dieser Krieg und seine Folgen sich nicht isoliert auf die Ukraine auswirken. Auch Deutschland und seine Partner in NATO und EU sind durch den russischen Völkerrechtsbruch nicht nur über die



erkennbaren wirtschaftlichen und humanitären Auswirkungen direkt betroffen.

Die gewachsene umfassende Solidarität mit der Ukraine, aber auch die Unterstützung mit militärischen Mitteln, ist keine Selbstverständlichkeit und ein starkes Signal gemeinsamer Verantwortung.

Mittelfristig können die Folgen dieses Krieges auch bestehende Konflikte und Krisen in anderen Teilen der Welt verstärken, z.B. im Bereich der Ernährungssicherheit in Afrika. Das beeinträchtigt wiederum die Sicherheitslage der europäischen Peripherie und kann auf uns zurückwirken. Und ohnehin enden die bereits bestehenden Krisen und Konflikte ja aufgrund des russischen Angriffs nicht, sondern gehen weiter. Gerade die afrikanischen Staaten beobachten sehr genau, ob der Westen zu seiner Verantwortung steht.

Nicht zuletzt berühren die Berichte und Bilder aus der Ukraine, wie aus Irpin, Butscha und Mariupol neben tiefer Empathie für die Opfer auch das Sicherheits- und Bedrohungsgefühl in weiten Teilen unserer Bevölkerung.

Keiner kann derzeit verlässlich voraussagen, wohin uns diese Entwicklungen führen werden. Wenn in Fachkreisen die derzeitige Lage als „Weltunordnung“ oder als „Zeitalter der Ungewissheit und Disruption“ bezeichnet wird, dann bedeutet das, dass die Zeit dogmatischer Glaubensgrundsätze in der Sicherheitspolitik endgültig vorbei ist.

Der 24. Februar 2022, der Tag an dem die russische Invasion in der UKR begann, hat eindringlich gezeigt, dass Frieden und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr darstellen.

Eine bei uns lang verdrängte Gewissheit ist daher aktueller denn je: Wer in Freiheit leben will, braucht auch militärische Stärke, um diese Freiheit zu schützen und zu verteidigen.

Eine Entwicklung übrigens, die unsere osteuropäischen Verbündeten in diesem Ausmaß nicht mehr vollziehen müssen, weil sie schon seit Jahren mit manifesten Bedrohungen an ihren Grenzen leben.

Aus dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine folgen für uns daher fundamentale Veränderungen, die nicht nur die europäische Sicherheitsordnung verändern, sondern auch auf viele Gesellschafts- und Politikbereiche ausstrahlen.

Eine Rückkehr zur Normalität mit einem Russland unter Putin ist ausgeschlossen. Für Russland unmittelbar, aber auch in Teilen für China müssen wir vielmehr erkennen, dass unser Ansatz, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtungen auszubauen und auf die Einhaltung internationaler Regeln zu pochen, nicht zu einer Begrenzung von Großmachtstreben geführt haben.

Im Gegenteil, wir erleben den Trend einer sich zuspitzenden Systempolarisierung – Demokratie und Freiheit auf der einen, Autoritarismus und Unterdrückung auf der anderen Seite. Einen deutschen Mittelweg kann es hier nicht geben.

Übernahme von Verantwortung, gepaart mit Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit – das ist und bleibt der Anspruch an die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands und seiner führenden Rolle in Europa hängt auch wesentlich von der Fähigkeit und Bereitschaft zur Übernahme von mehr Verantwortung in unseren Bündnissen und internationalen Organisationen ab. Dies ist in unserem ureigenen Interesse.



Im Umkehrschluss bedeutet das, es kann keine glaubhafte Führungs- und Anlehnungsrolle Deutschlands in Europa ohne entsprechendes militärisches Leistungsvermögen geben.

Deutschland muss hierbei seinem Potential, seiner geografischen Lage und seiner Verantwortung gerecht werden. Wir können uns nicht nur darauf berufen, die größte Wirtschaftsnation in Europa zu sein. Unserer Verantwortung müssen wir uns stellen. Mit allen Mitteln; auch mit militärischen.

Was heißt das jetzt konkret für uns und für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Es kommt jetzt darauf an, unsere Konzeption von Frieden und Sicherheit mit robuster Wehrhaftigkeit und notwendiger Abschreckungsfähigkeit zu verknüpfen. Die Einrichtung des Sondervermögens von 100 Mrd. € für die Bundeswehr unterstricht diesen Weg eindringlich.

Ich bin dankbar, dass das durch Bundeskanzler Scholz am 27. Februar im Bundestag in kurzer Reaktion auf den russischen Angriffskrieg angekündigte Sondervermögen nun auch durch eine breite parlamentarische Mehrheit getragen wird.

Durch das Sondervermögen wird neben dem regulären Verteidigungshaushalt die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands im besonderen Maße gestärkt werden und damit begonnen, Defizite der letzten Jahre und Jahrzehnte auszugleichen. Wir werden die Fähigkeitslücken der Bundeswehr schließen und unseren Beitrag zu den gemeinsam im Bündnis festgelegten NATO-Planungszielen leisten.

Somit werden wir zusammen mit dem regulären Verteidigungshaushalt durch das Sondervermögen im mehrjährigen Durchschnitt rund 2% unserer Wirtschaftsleistung in unsere Bundeswehr investieren können.

Der Gesetzeszweck wurde in den parlamentarischen Beratungen entsprechend erweitert – hin zu einem Bundeswehrfinanzierungsgesetz.

Dies ist nicht nur ein starkes Signal für unsere Bundeswehr und gegenüber unseren Verbündeten, sondern auch gegenüber denjenigen, die unsere Sicherheit und Freiheit bedrohen.

Wir müssen und werden gegenüber Russland dauerhaft und glaubhaft deutlich machen, dass wir nicht bereit sind, auf grundlegende Prinzipien unserer Sicherheit und Freiheit zu verzichten.

Insbesondere die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen bleiben für uns maßgeblich: von der Achtung der territorialen staatlichen Integrität bis zum Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung. Gleiches gilt für die in der Schlussakte von Helsinki und weiteren OSZE-Erklärungen verankerten Prinzipien, darunter das Recht auf freie Bündniswahl.

Diese Botschaft und das Zusammenstehen der westlichen Staatengemeinschaft strahlt übrigens nicht nur auf Russland aus, sondern auch auf andere Akteure, die diesen Konflikt und seinen Verlauf unterstützen (Belarus) oder von der Seitenlinie aus genau beobachten (China).

Wir haben in Irpin, Butscha und anderenorts gesehen, was „Entnazifizierung“ und „Frieden“ durch russische Besatzung für die ukrainische Bevölkerung bedeuten. Das spricht dem humanitären Völkerrecht Hohn und braucht die strafrechtliche Aufarbeitung.

Nur wenn wir uns unserer Verantwortung für Frieden und Freiheit bewusst stellen und jetzt die Ukraine im Kampf, auch für unsere Werte, unterstützen, können wir garantieren, dass auch zukünftige Generationen diese Werte leben können.

Daher unterstützen wir die Ukraine im Verbund der NATO- und EU-Mitgliedstaaten weiterhin mit ausgewogenen, gut überlegten und mit unseren Verbündeten eng abgestimmten Unterstützungsleistungen bis hin zu Waffenlieferungen.

Ein wesentlicher Aspekt der europäischen Unterstützung für die Ukraine ist es, deren Streitkräfte mit militärischen Gütern auszustatten. Die Europäische Friedensfazilität ermöglicht es den EU-Mitgliedstaaten, die Ukraine schnell und zielführend zu unterstützen.

Wichtig ist aber festzuhalten: Weder EU noch NATO liefern militärische Güter an die Ukraine und finanzieren sie auch nicht. Die Unterstützung wird bilateral durch die EU- bzw. NATO-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

Die gemeinsamen Unterstützungsleistungen zeigen insbesondere auch, dass das transatlantische Verhältnis so stark wie eh und je ist. Die USA beweisen sich – unverändert – als der Sicherheitsgarant Europas. Dies wird besonders eindrucksvoll durch die unermüdliche Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine – zuletzt durch ein Gesetz, das bis zu 40 Mrd. USD zur Unterstützung der Ukraine bereitstellt – unterstrichen. Viele der Hilfslieferungen stammen aus Beständen der Streitkräfte der USA.

Aber auch aus Beständen der Bundeswehr sind bereits erhebliche Mengen an Rüstungsgütern, Sanitätsmaterial und Verpflegung geliefert worden. Die Bundesregierung hat außerdem beschlossen, der Ukraine bei Bedarf deutlich mehr als eine Milliarde Euro im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen.

Die Ukraine selbst fordert in diesem Rahmen immer wieder auch „schwere Waffen“ von seinen Unterstützern, um die aktuellen Angriffe besser abwehren zu können. Die Kriegsführung hat sich zudem in den letzten Wochen verändert.

Mit den ersten Angriffen hatte Russland u.a. versucht, die Kontrolle über Bevölkerungszentren – insbesondere über Kiew zu erlangen. Inzwischen scheint das russische Zwischenziel das Erobern und Halten von größeren Gebieten in der Ost-Ukraine zu sein.

Gerade in so einem Umfeld sind schwere und weiterreichende Waffen ungleich wertvoller für die ukrainische Verteidigung. Daher hat die Bereitstellung von schweren Waffen für die Ukraine einen großen Einfluss auf deren Verteidigungsfähigkeit.

Auch deshalb haben wir uns entschlossen, aus Beständen der Bundeswehr auch weitere Panzerhaubitzen zu liefern. Gemeinsam mit den Niederlanden stellen wir der Ukraine damit ein modernes und leistungsfähiges Artilleriesystem zur Verfügung, welches die Ukraine gerade jetzt dringend benötigt. Das ist beispielhaft dafür, wie wir uns pragmatische und effektive Verteidigungskooperation in Europa vorstellen.

Darüber hinaus unterstützen wir die weiteren Lieferungen aus der deutschen Industrie, wie z.B. das modernste Flugabwehrsystem IRIS-T SLM und ein COBRA-Artillerie-Radarsystem.

Neben der direkten Unterstützung der Ukraine beginnen wir jetzt mit der Modernisierung unserer Streitkräfte, um im NATO-Verbund eine glaubhafte Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen und auch im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein handlungsfähiger Akteur zu sein.

Wir sehen, wie geschlossen und handlungsfähig die NATO ist. 30, hoffentlich bald 32, Nationen stehen für ihre gemeinsame Verteidigung ohne Wenn und Aber ein. Trotz der ernüchternden Sicherheitslage sollten wir das Positive also ebenso im Blick behalten wie die Herausforderungen.

Die Allianz ist und bleibt der Sicherheitsgarant des euro-atlantischen Raums. Unser Bündnisgebiet ist sicher. Dafür haben wir nicht erst seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gesorgt.

Bereits beim NATO-Gipfel im Sommer 2021 haben wir mit den sogenannten NATO 2030-Entscheidungen den Reformkurs der Allianz bestätigt und beschleunigt. Ebenfalls wurde beim Gipfel vor einem Jahr beschlossen, dass die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, der Einsatz für eine regelbasierte internationale Ordnung und engere politische Konsultationen in der Allianz zu stärken sind. Damit waren wir bereits „aus den Startblöcken“ als die Zeitenwende für jeden sichtbar wurde.

Die Rückversicherung osteuropäischer Alliiertes durch Aktivierung militärischer Vorausplanung, Verlegung von umfangreichen Kräften, Unterstellung unter direkte NATO Führung war nur aufgrund der eingespielten Verfahren und der eingeleiteten militärischen Anpassungsmaßnahmen möglich.

Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs stärken wir nun zusätzlich unsere kurz- und langfristige Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit: Mit neuen Battle Groups, mit der beschleunigten Arbeit an Plänen, Fähigkeiten und Strukturen.

Wir haben mit außerplanmäßigen Ministertreffen und einem Sondergipfel unseren Austausch auf höchster Ebene intensiviert. Mit dem Gipfel im Juni werden wir alle notwendigen Maßnahmen und Schritte eingeleitet haben, um ein unmissverständliches Signal in die Welt zu senden: Wir stehen für den Erhalt unserer gemeinsamen Freiheit und unseres „way of life“ ein, politisch und wenn nötig auch militärisch.

Im neuen Strategischen Konzept werden wir unser gemeinsames Ambitionsniveau transparent darlegen und uns für die nächsten Jahre Orientierung geben.

Zu den Grundfesten unserer defensiven Allianz gehört auch, dass die NATO weiter eine nukleare Allianz bleibt. Solange es Nuklearwaffen gibt, wird die NATO diese zur Wahrung der Stabilität benötigen. Wir haben mit der Beschaffungsentscheidung für die F-35 die Nukleare Teilhabe für die nächsten Dekaden sichergestellt.

Die Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers vom 27. Februar wurde in der NATO einhellig begrüßt. Deutschland nehme nun endlich die Rolle ein, die es seit Langem aufgrund geographischer Lage und Wirtschaftskraft hat. Damit einher gehen aber auch hohe Erwartungen an die Umsetzung; dementsprechend existieren nicht nur politische, sondern auch konkrete militärische Forderungen, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Dafür braucht es die angekündigten Ressourcen. Die Umsetzung hat Signalwirkung nach innen und außen. Daran wird unsere Glaubwürdigkeit in Zukunft gemessen. Darum gilt es jetzt alle Anstrengung zu unternehmen die Zeitenwende auch gesamtgesellschaftlich umzusetzen.

Schlüsselement der bisher sehr starken Reaktion des „Westens“ war auch die Koordinierung und die Geschlossenheit zwischen EU und NATO. Das sollte uns eine Bestätigung sein, weiterhin konsequent noch engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO zu fördern und fordern.

Die letzten Monate haben uns auch deutlich gezeigt, wie wichtig eine handlungsfähige, resiliente und starke EU ist. Schulter an Schulter mit der NATO hat die EU in den Wochen nach dem Beginn der RUS Aggression geschlossen und entschlossen reagiert: Politische und



militärische Unterstützung für die UKR, Sanktionspakete, Flüchtlings- und Finanzhilfen. Wir werden weiter mit aller Kraft daran arbeiten, die Resilienz und Handlungsfähigkeit der EU zu stärken. Dazu fand im März dieses Jahres ein, auf deutsche Initiative eingeleiteter, zweijähriger Strategieprozess der EU-Mitgliedstaaten seinen Abschluss, an dessen Ende der Strategische Kompass der EU einstimmig beschlossen wurde.

Dieser gibt jetzt – komplementär zur NATO - die Richtung für das künftige Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung vor. Es geht darum, dass die EU in Krisen und Konflikten die notwendigen Verfahren, Instrumente und Fähigkeiten hat, um schnell und nachhaltig einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in unserer europäischen Nachbarschaft und darüber hinaus leisten zu können.

Gerade wenn sich die NATO mit Blick auf die russische Aggression auf ihren Wesenskern konzentrieren muss, braucht es ein handlungsfähiges und starkes EU-Krisenmanagement.

Ein zentrales der über 60 Vorhaben des Strategischen Kompasses ist die „EU Rapid Deployment Capacity“ (EU RDC). Diese, mit den weiterentwickelten EU Battle Groups als Kern, ist essentiell für die EU, um – primär in unserer Nachbarschaft – je nach Art der Krise mit zivilen und militärischen Kräften einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit zu leisten.

Eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der „Zeitenwende“ und unserer Handlungsfähigkeit in NATO und EU ist eine umfassende Stärkung der Bundeswehr.

Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Situation, mit der wir noch lange konfrontiert sein werden, müssen wir jetzt die Bundeswehr den neuen Herausforderungen anpassen und umfassend besser aufstellen, nicht nur finanziell. Das Sondervermögen Bundeswehr wird

ein wertvoller Baustein für die beschleunigte Modernisierung der Bundeswehr sein. Wir sprechen hier von notwendiger und essentieller Ausrüstung.

Mit dem Sondervermögen sind die angekündigten finanziellen Ressourcen schnell und richtig zur Wirkung zu bringen und bedarfsorientiert effektiv zu steuern. Die Optimierung des Beschaffungswesens trägt mittelbar dazu bei.

Gleichzeitig bleibt der Erhalt der Rüstungskontrollarchitektur ein wesentlicher Bestandteil unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Kurzfristig geht es hierbei vor allem um Maßnahmen zur Risikoreduzierung und zur Vermeidung von Zwischenfällen in einem neuen sicherheitspolitischen Umfeld. Perspektivisch werden sich, aus einer Position der Stärke heraus, aber auch wieder Möglichkeiten zu Verhandlungen über die Zukunft der Rüstungskontrollarchitektur in Europa ergeben. Bis dahin benötigen wir jedoch strategische Geduld.

Wir müssen unseren Blick aber auch über Europa hinaus offenhalten.

Mit dem Abzug der internationalen Gemeinschaft aus Kabul im Jahr 2021 ist die Ära der Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht beendet worden. Mandatierte Einsätze bleiben Teil der breit angelegten Bereitschaft der Bundesregierung, im vernetzten Ansatz Verantwortung für die internationale Sicherheit und die regelbasierte Ordnung im Rahmen der internationalen Organisationen und Bündnisse zu übernehmen.

Das Engagement in der Sahel-Region insbesondere in Niger und in Mali, ist derzeitiger Schwerpunkt des deutschen sicherheitspolitischen Engagements im Bereich des internationalen Krisenmanagements und ist unter anderem mit Beiträgen der Bundeswehr entsprechend

hinterlegt. Die aktuellen Mandate zu diesen beiden Einsätzen zeigen, dass wir hier zu dieser Verantwortung stehen.

Hinzu tritt eine weitere Dimension: Russland hält trotz der Kräftebindung in der Ukraine sein negatives anti-westliches Engagement auf dem afrikanischen Kontinent aufrecht. Es agiert an der europäischen Gegenküste mit dem gesamten Instrumentenkasten der militärischen Einflussnahme, Subversion und politischen Destabilisierung.

Die zunehmenden Lieferausfälle und Preissteigerungen bei der Getreidelieferung aus Ukraine und Russland werden zudem zeitnah zu Versorgungsengpässen der afrikanischen Bevölkerung führen und damit weitere negative Auswirkungen auf das fragile innere Gleichgewicht und die politische Lage zahlreicher afrikanische Staaten haben.

Wir werden uns weiterhin eng mit unseren Verbündeten und Partnern über die Zukunft des Engagements in der Region abstimmen. Dies ist unter anderem natürlich auch der Verantwortung für unsere dort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten geschuldet. Angesichts der politischen Unsicherheiten sowie volatilen Sicherheitslage haben wir uns die Entscheidung zur Fortsetzung dieser beiden Einsätze nicht leichtgemacht.

Dass die von Russland vorangetriebene Destabilisierung in Europa nicht Halt macht, sehen wir gerade auch in Bosnien Herzegowina. Genau deshalb haben wir auch in der Bundesregierung am Mittwoch im Kabinett ein bewusstes Zeichen im Rahmen des vernetzten Ansatzes gesetzt und den deutschen Wiedereinstieg in die Europäische Mission Althea beschlossen. Auch damit zeigen wir, dass wir zu unserer sicherheitspolitischen Verantwortung in Europa stehen.

Zum Abschluss möchte ich den Blick auch auf den Indo-Pazifik richten.

Die weitere Entwicklung im Indo-Pazifischen Raum wird – und das dürfen wir angesichts der Lage in der Ukraine nicht übersehen – maßgeblich für die Ausgestaltung der regelbasierten internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert sein.

Das deutsche Engagement im Indo-Pazifik ist mit den Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik, untermauert durch die EU Indo-Pazifik-Strategie, auf eine vorausschauende Grundlage gestellt worden. Es liegt im deutschen Interesse, die regelbasierte internationale Ordnung im Indo-Pazifik aufrechtzuerhalten und mitzugestalten, die Beachtung und den Fortbestand international geltender Regeln zu gewährleisten sowie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Schlüsselpartnern in der Region zu vertiefen.

Als sichtbares Zeichen hierfür hat Deutschland von August 2021 bis zum Februar dieses Jahres eine Fregatte in den Indo-Pazifischen Raum entsandt – das sogenannte ‚Indo-Pazifik-Deployment 2021‘.

Das Indo-Pazifik-Deployment setzte als verteidigungspolitisches Instrument ein erstes nachhaltiges Zeichen für das deutsche Engagement im Indo-Pazifik und hat signifikant zur Wahrnehmung Deutschlands als glaubwürdiger, engagierter, verlässlicher und leistungsfähiger Akteur in der Region beigetragen.

Auf den gemachten Erfahrungen gilt es in den kommenden Jahren weiter aufzubauen und die erzielten sicherheitspolitischen Ansätze weiter zu vertiefen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der durch die Schlüsselpartner deutlich artikulierten Erwartungshaltung bezüglich einer Fortsetzung des als konstruktiv und gewinnbringend verstandenen deutschen Engagements im Indo-Pazifik.

Erlauben Sie mir eine kurze Abschlussbemerkung, bevor die nachfolgenden Impulsgeber ihre Perspektiven einbringen werden.

Die „Zeitenwende“ manifestiert sich nicht nur darin, nun die Bundeswehr mit notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Mit Geld allein und mit notwendigen Fähigkeiten für eine kampfkraftige und einsatzbereite Bundeswehr ist es nicht getan. Die „Zeitenwende“ muss sich auch in unserer strategischen Kultur widerspiegeln.

Was wir brauchen, ist sicherlich eine weitere Intensivierung der Debatte zu den von mir angesprochenen Themen und darüber hinaus. Unser Ziel muss es sein, klar und offen Risiken, Bedrohungen und auch „harte Themen der Verteidigung“ zu thematisieren und zu diskutieren, um daraus klare Schlüsse zu ziehen. Dies war in der Vergangenheit aus verschiedensten Gründen sicherlich nicht immer unsere „Königsdisziplin“.

Gleichzeitig dürfen wir in unseren Überlegungen und kommenden Entscheidungen auch nicht einen Sprung zurück in den Kalten Krieg vollziehen. Für die Fragen und Herausforderungen der Zukunft helfen keine Schablonen aus der Vergangenheit. Daher gilt es bei allen Überlegungen auch einen erweiterten und modernen Sicherheitsbegriff zu Grunde zu legen. Unsere Fähigkeiten müssen auch Antworten auf hybride Bedrohungen - einschließlich aus dem Bereich Cyber - liefern.

Für mich ist klar, dass eine leistungsfähige, moderne und verlässlich finanzierte Bundeswehr einen dauerhaften Platz in unserer zukünftigen Konzeption von Freiheit und Sicherheit haben muss.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie angekündigt. Die Arbeiten hierzu haben begonnen und sie wird all dies berücksichtigen müssen.

Newsletter – Ausgabe 01 / 2022 (15. Jahrgang)  
20

## **Zeitenwende – der Beginn einer neuen Ära**

Rede auf der FES Tiergartenkonferenz 2022

Lars Klingbeil



Eine berühmte Definition von Krise geht auf den italienischen Schriftsteller und Intellektuellen Antonio Gramsci zurück. In einer Krise, sagt er sinngemäß, ist das Alte nicht mehr da, das Neue hat aber noch nicht begonnen. Heute leben wir in einer Zeit der vielfältigen Krisen: Krieg, Klima, Pandemie, Inflation, gesellschaftliche Spaltung. Jede Krise an sich ist schon eine enorme Herausforderung für unsere Gesellschaft. Aber die Krisen treten derzeit zusammen auf, stehen miteinander im Zusammenhang und verstärken sich gegenseitig.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Der Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24.2.2022 war eine Zäsur für die europäische Friedensordnung – eine „Zeitenwende“. Wir stehen vor einer riesigen Gestaltungsaufgabe. Nun geht es darum, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, denn die derzeitigen Umbrüche haben Auswirkungen auf unser Zusammenleben und die politische Agenda für die nächsten 20 Jahre. Der russische Präsident Wladimir Putin hat diesen Krieg begonnen. Er trägt die Verantwortung für das brutale Morden, für das Leid der Ukrainer\_innen. Es ist sein Angriff auf die Souveränität eines europäischen Landes. Wir sind nicht schuld an Putins Krieg, aber wir müssen uns selbstkritisch fragen, was wir vor dessen Beginn hätten anders machen können. Vor allem aber müssen wir uns überlegen, was wir in Zukunft besser machen sollten.

## **Von der bipolaren hin zu einer in Zentren organisierten Welt**

Nach dem Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden und den vom Deutschen Reich begonnenen beiden Weltkriegen wurden wir wieder aufgenommen in die internationale Staatenfamilie. Es war ein Wunder, dass zuerst die Bundesrepublik und später das vereinigte Deutschland wieder beliebter Partner der internationalen Gemeinschaft wurden. Unsere Geschichte hat es uns auferlegt, Zurückhaltung zu üben. Unsere Integration in Europa wurde Teil unseres neuen Selbstverständnisses.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand eine bipolare Weltordnung, wir erlebten Blockbildung und Systemkonkurrenz. Entweder Westen oder Osten, Kapitalismus oder Kommunismus: In dieser Weltordnung haben wir über Jahrzehnte gelebt. 1989 ging sie abrupt zu Ende, der Westen hatte gewonnen. Für viele war es nur eine

Frage der Zeit, bis die ganze Welt nur noch aus liberalen Demokratien besteht.

Samuel Huntington schrieb über die Wellen der Demokratisierung. Francis Fukuyama rief sogar das Ende der Geschichte aus. Heute wissen wir: Die Geschichte war nie zu Ende. Ich bin fest davon überzeugt, dass unser Gesellschaftsmodell einer demokratischen und freien Gesellschaft das Beste ist. Aber nur, weil wir das so sehen, heißt das nicht, dass das überall auf der Welt so gesehen wird.

Der Westen hat sich lange zu sicher gefühlt. Ein Krieg zwischen Staaten in Europa schien unvorstellbar. Unsere Friedensordnung basierte viele Jahrzehnte auf dem Glauben an die Unverrückbarkeit von Grenzen, an staatliche Souveränität, alles gegossen in Verträge und internationales Recht. Wir haben uns in dieser Welt bequem eingerichtet. Wenn es hier und da mal ruckelte, waren wir davon überzeugt, dass sich am Ende alles schon wieder einordnen würde. Weil wir daran geglaubt haben, dass sich unser politisches Modell und die regelbasierte Ordnung durchsetzen würden.

Wir haben verkannt, dass sich bestimmte Dinge längst anders entwickelten. Die Signale aus Russland hätten wir anders sehen müssen – spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Russland wurde immer autoritärer und ist heute eine Diktatur. Auch China hat eine gänzlich andere Vision als wir. Und zur Wahrheit gehört auch, dass viele Staaten im globalen Süden enttäuscht sind von den Verheißungen liberaler Demokratien.

Bisher haben sich die großen globalen Player weltpolitischen Einfluss über Druck und Gefolgschaft gesichert. Die Welt wird sich in Zukunft jedoch anders ordnen. Sie wird künftig nicht mehr in unterschiedlichen

Polen, sondern in Zentren organisiert, die auf eine andere Art und Weise Macht ausüben. Nicht mehr Gefolgschaft, Druck und Unterdrückung sind entscheidend für die Zuordnung, sondern Überzeugungen und Interessen. Diese dynamischen Machtzentren sind attraktiv, sie schaffen Bindungen, Abhängigkeiten und Kooperationen. Sich ihnen anzuschließen, erfolgt im eigenen Interesse.

Diese Weltordnung hat für Staaten, die noch kein starkes Zentrum sind, aber über großes wirtschaftliches und politisches Potenzial verfügen, große Vorteile, weil sie sich nicht mehr einem Block zuordnen müssen. Sie können sich aussuchen, bei welchen Themen sie mit wem zusammenarbeiten.

### **Strategische Partnerschaften aufbauen – integrativ, nicht exklusiv**

China geht sehr strategisch vor, um seinen Einfluss auszubauen und Staaten vor allem durch seine wirtschaftliche Macht auf seine Seite zu ziehen. Auch Russland hat jahrelang Beziehungen zu aufstrebenden Staaten gepflegt und sie damit an sich gebunden. Es sind Alternativen zum westlichen Entwicklungsmodell gewachsen. Russland und China haben über viele Jahre hinweg auch demokratische Staaten wie Südafrika, Indien oder Brasilien hofiert, ihnen etwa über die BRICS-Initiative eine Stimme auf internationaler Ebene gegeben. Sie haben die Interessen dieser Länder gesehen und sind ihren Regierungen mit Respekt begegnet. Das hat Vertrauen aufgebaut.

Die Auswirkungen sehen wir aktuell, wenn viele Staaten unseren Weg der Sanktionen gegen Russland ablehnen. Die Abstimmungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zeigen, dass die Hälfte der Weltbevölkerung nicht hinter unserer Politik steht. Das muss uns zu denken geben. Das sollte zwar keine Auswirkung auf die Substanz und

Härte unserer Entscheidungen haben, aber auf unsere Aktivitäten in anderen Regionen der Welt.

Für uns muss es darum gehen, Bindungskraft zu entfalten, neue politische Allianzen zu schmieden, partnerschaftliche Abkommen zu schließen und offene Strukturen wie etwa den Klimaklub<sup>1</sup> anzubieten. Es braucht Strukturen, die integrativ und nicht exklusiv sind. Wir müssen diese strategischen Partnerschaften auf- und ausbauen. Ganz konkret schon in den kommenden Monaten, wenn es um Lebensmittelknappheit geht.

In Afrika, Lateinamerika und in vielen Ländern Asiens wird es Hungerkatastrophen geben, auch als Folge von Putins Krieg. Wir müssen intensiver auf die Länder des globalen Südens zugehen und ihnen Angebote zur Kooperation machen. Dabei sollten wir neue Partnerschaften suchen: etwa in den Bereichen Gesundheit, Technologie, Wasserstoff und Klima.

Unser Anspruch in Europa muss sein, uns zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu entwickeln, dafür Innovationen und Standards zu schaffen und die Transformation sozial gerecht zu gestalten. Wir wollen zeigen, dass Klimaschutz und Wohlstand Hand in Hand gehen können. Wenn uns das gelingt, werden sich andere Länder an uns orientieren und auch diesen Weg gehen.

## **Europa muss ein starkes und attraktives Zentrum bilden**

Es ist klar, dass wir dabei auch mit Ländern zusammenarbeiten müssen, die nicht unsere Werte teilen oder sogar unsere Gesellschaftsordnung

---

<sup>1</sup> *Niesmann, Andreas 2022: Gemeinsame Ziele und Standards: Scholz will internationalen Klimaklub gründen, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, <https://www.rnd.de/politik/scholz-will-internationalen-klimaklub-gruenden-fuer-gemeinsame-ziele-und-standards-IERK4CQ6ZNCY7AYOG3RU3C4A6Y.html> (6.7.2022).*

ablehnen. Es ist jedes Mal eine Abwägung, wie tief unsere Kooperation geht und ab wann unsere Grundsätze und Werte durch eine solche Zusammenarbeit verletzt sein könnten. Wir müssen weiterhin Unrecht ansprechen, es kann keine Kooperation ohne Haltung geben. Wandel durch Annäherung darf nie auf Wandel durch Handel reduziert werden.

Nie wieder dürfen wir uns in so starke Abhängigkeiten begeben, wie das energiepolitisch bei Russland der Fall war. Europa muss deshalb seine strategische Autonomie ausbauen. Kritische Güter und kritische Infrastruktur müssen hier bei uns in Europa hergestellt und gefördert werden. Mit Blick auf China bedeutet das etwa, dass wir Abhängigkeiten in den Bereichen Medizin oder Technik abbauen. Das bedeutet nicht, dass wir mit Staaten wie China keinen Handel mehr betreiben sollten, wie es manche fordern – aber es bedeutet, dass wir uns strategisch klug und resilient aufstellen.

Wir haben jetzt einige Jahre der Unklarheit und der Unsicherheit vor uns, was die künftige Weltordnung anbelangt. Es wird in den kommenden Jahren einen Wettstreit um Beziehungen, Abhängigkeiten, Bindungen und Kooperationen geben. Kein Staat alleine kann die Herausforderungen der globalisierten Welt meistern. Daher braucht es starke Zentren, die in eine Richtung arbeiten. Es bleibt dabei enorm wichtig, dass wir als Westen eng zusammenstehen: ein starkes Europa als Kern, aber in engem Schulterschluss mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Japan und anderen. Unser Anspruch muss sein, dass wir das attraktivste Zentrum sind.

## **Deutschlands neue Rolle als Führungsmacht**

Dabei kommt es ganz viel auf uns an. Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. Unser Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Maß an Vertrauen erarbeitet. Mit diesem geht aber eine gewisse Erwartungshaltung einher. Die vergangenen Wochen haben gezeigt: Deutschland steht immer mehr im Mittelpunkt. Wir sollten diese Erwartungen erfüllen.

Führung bedeutet nicht, breitbeinig oder rabiatisch aufzutreten. Auch in der internationalen Politik setzen sich hoffentlich – genauso wie in der Innenpolitik – kluge Führungskulturen durch. Dazu gehört übrigens auch die Idee einer feministischen Außenpolitik. Führung bedeutet, sich seiner Rolle bewusst zu sein, sich nicht wegzuducken und andere einzusammeln. Nie überheblich, aber durchdacht, überzeugt und konsequent zu handeln – ein kooperativer Führungsstil ist ein kluger Führungsstil.

Dabei muss immer klar sein, was unsere Motivation ist. Wir machen Außenpolitik dafür, dass Menschen in Sicherheit, Frieden und Wohlstand leben können. US-Präsident Joe Biden spricht von „Foreign Policy for the Middle Class“. Dies ist der richtige Ansatz. Außenpolitisches Engagement ist nie ein Selbstzweck, es hat immer Auswirkungen auf unser Zusammenleben vor Ort.

Wir erleben gerade, was für enorme Kosten eine instabile internationale Ordnung, Krieg und unterbrochene Lieferketten für das Leben bei uns haben. Am Ende haben internationale Konflikte auch eine enorme Sprengkraft für unsere Demokratie und den Zusammenhalt unserer



Gesellschaft. Gerade deswegen ist außenpolitisches Engagement so wichtig. Die neue Rolle als Führungsmacht wird Deutschland harte Entscheidungen abverlangen – finanzielle als auch politische. Wir müssen Strukturen verändern, auch Budgets neu verhandeln.

Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung haben in den vergangenen Wochen einige Grundprinzipien deutscher Außenpolitik überdenken und verändern müssen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine. Wir liefern Waffen, auch schwere Artillerie. Wir verhängen harte Sanktionen, die Russland über Jahrzehnte spüren wird. Und wir üben harten politischen Druck gemeinsam mit unseren Partnern in den USA und Europa aus. Es ist richtig, dass wir diese Schritte gehen. Auch das hat mit unserer neuen Rolle zu tun.

## **Friedenspolitik gründet auch auf militärischer Stärke**

Wir alle sind in den vergangenen Jahren den sicherheitspolitischen Mainstream mitgegangen, die Landes- und Bündnisverteidigung zu vernachlässigen. Mitte Februar kamen mehr als 2.000 Expert\_innen auf der Münchner Sicherheitskonferenz zusammen. Nur die wenigsten sind davon ausgegangen, dass Putin die Ukraine angreift. Wenige Tage später hat Putin seinen Angriff gestartet. Mich beschäftigt, dass wir das alle nicht gesehen haben.

Daher müssen wir in Szenarien denken und uns auf diese vorbereiten. Wenn wir aus den baltischen Staaten oder Polen hören, dass sie Angst davor haben, die nächsten Ziele Russlands zu sein, dann müssen wir das ernst nehmen. Im Umgang mit unseren ost- und mitteleuropäischen Partnern haben wir Fehler gemacht. Es ist deswegen wichtig, dass wir den Dialog mit ihnen intensivieren und Europa gemeinsam voranbringen.

Olaf Scholz hat mehrfach deutlich gemacht, dass wir jeden Zentimeter NATO-Territorium verteidigen werden. Ich begrüße seine Entscheidung, mehr deutsche Truppen an der Ostflanke der NATO zu stationieren und den Schutz unserer osteuropäischen Partner zu intensivieren. Hierzu ist jedoch eine bessere Ausstattung der Bundeswehr dringend notwendig.

Es ist gut, dass wir die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr auf den Weg gebracht haben. Damit können wir Fähigkeitslücken schließen und die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Mittelpunkt rücken. In der Vergangenheit hatte man fast den Eindruck, manche dachten, je weniger Bundeswehr es gibt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht das Reden über Krieg führt zum Krieg, sondern das Verschließen der Augen vor der Realität.

Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen. Das sieht übrigens auch die Charta der Vereinten Nationen vor. Es ist stets das äußerste Mittel, aber es muss eben auch klar sein, dass es ein Mittel ist. Wir sehen das gerade in der Ukraine.

Einige mögen jetzt alarmiert sein. Der Vorsitzende der SPD redet von Führungsmacht, von Bundeswehr, von militärischer Gewalt. Ich kann mir vorstellen, wie so manche Debatte jetzt läuft. Ich habe aber den Anspruch, dass wir realistisch sind. Schon Willy Brandt und Helmut Schmidt haben gewusst, dass die Grundlage für eine kraftvolle Friedenspolitik auch militärische Stärke ist. Damals lag der Wehretat bei mehr als drei Prozent unserer Wirtschaftskraft.

Die Hand, die wir ausstrecken, muss stark sein. Brandt und Schmidt haben verstanden, dass man nur aus eigener Stärke heraus für Frieden

und Menschenrechte eintreten kann. Wir sollten Debatten nicht verkürzt führen. Ich bin stolz auf die Ostpolitik von Willy Brandt für die er immerhin den Friedensnobelpreis erhielt. Sie war die Grundlage für die Wiedervereinigung, das Überwinden der Systemgegensätze sowie die Demokratisierung vieler ehemaliger Staaten des Ostblocks.

## **Europa braucht mehr geopolitisches Gewicht**

Die Zeitenwende erfordert, sich von Gewissheiten zu verabschieden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir alles über Bord werfen, was richtig war. Diplomatie, Abkommen, internationale Abrüstungsinitiativen, das Völkerrecht, Entwicklungspolitik, Multilateralismus, gerechte internationale Finanzpolitik – das sind und das bleiben die erfolgreichsten Mittel der Konfliktlösung und vor allem der Konfliktprävention. Sie gehören zu einer umfassenden Sicherheitspolitik dazu.

Das wichtigste Projekt sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik ist Europa. Als Führungsmacht muss Deutschland ein souveränes Europa massiv vorantreiben. Deutschland kann nur stark sein, wenn Europa stark ist. Wir haben in der Geschichte der EU gesehen, was möglich ist, wenn etwas politisch gewollt war und vorangetrieben wurde. Schengen, die Einführung des Euro, die historischen Verträge von Maastricht und Lissabon oder auch jüngst der Corona-Wiederaufbau: Das alles waren Entscheidungen mit großer Tragweite, die unser Leben in Europa besser gemacht haben.

Olaf Scholz hat vor kurzem Nordmazedonien und Albanien in Aussicht gestellt, bald mit den Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union zu starten. Und auch bei seiner Reise nach Kiew hatte er gemeinsam mit anderen Regierungschefs eine wichtige Botschaft im Gepäck: Ihr, die

Ukraine, gehört zu Europa. Ihr kämpft für europäische Werte. Mit euch ist Europa stärker. Auch die Republik Moldau braucht einen Kandidatenstatus. Diese Zeichen sind extrem wichtig.

Die Zeitenwende ist ein epochaler Umbruch. Die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung sortiert sich gerade neu. Dass sich Staaten an der Europäischen Union orientieren und zu uns dazugehören wollen, zeigt, welche Attraktivität wir als Zentrum jetzt schon haben. Diese Attraktivität geht jedoch mit einer politischen Verantwortung einher. Dazu gehört auch die Erweiterungspolitik. Europa muss als geopolitischer Akteur mehr Gewicht bekommen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat die EU schon einmal gezeigt, dass sie in der Lage ist, geopolitisch und strategisch zu handeln. Es war ein politisches Ziel, den ehemaligen Staaten des Ostblocks eine schnelle Beitrittsperspektive in die EU zu ermöglichen.

Die EU sollte auch jetzt die nächsten Beitrittsverhandlungen mit politischem Druck vorantreiben. Das bedeutet keineswegs einen Rabatt für die Beitrittskandidaten – kein „Fast Track“. Die Kopenhagener Kriterien<sup>2</sup> gelten, aber wir dürfen die Beitrittsprozesse nicht in den Mühlen der Brüsseler Bürokratie versanden lassen, sondern müssen sie als geopolitisches Projekt aktiv vorantreiben.

Wenn wir über Erweiterung sprechen, müssen wir aber natürlich auch über Reformen nach innen sprechen. Nur so wird die EU aufnahmefähig. Die Europäische Union muss auch mit mehr Mitgliedern in der Lage sein, schnell zu handeln. Daher müssen wir das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, etwa in der Außenpolitik oder in der Finanz- und Fiskalpolitik. Das macht die EU schlagfertiger,

---

<sup>2</sup> Wikipedia 2022: Kopenhagener Kriterien, [https://de.wikipedia.org/wiki/Kopenhagener\\_Kriterien](https://de.wikipedia.org/wiki/Kopenhagener_Kriterien) (6.7.2022).

handlungsschneller und demokratischer. Es darf jedoch keine Abstriche bei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geben. Daher brauchen wir einen neuen Mechanismus, die Kopenhagener Kriterien auch nach einer Aufnahme wirksam zu verteidigen.

Viele ambitionierte Ideen für Europa wurden in den vergangenen Jahren andiskutiert und wurden dann so lange in den Fluren der Bürokratie hin- und hergeschoben, bis sie irgendwann versandet sind. Beispielsweise wäre genau jetzt der richtige Moment, um endlich eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik voranzutreiben. 27 Länder, die ihr eigenes Beschaffungswesen unterhalten, ihre eigenen Rüstungskonzerne haben und einzeln mit diesen Konzernen verhandeln. Es ist nicht erklärbar, warum wir das nicht endlich gemeinsam europäisch regeln.

Am Ende muss das Ziel sein, dass wir Ressourcen effektiv bündeln und eine starke europäische Säule in der NATO aufbauen. Die europäischen NATO-Staaten sollten in Zukunft in der Lage sein, europäisches Territorium gemeinsam zu verteidigen. Das ist keine Politik gegen das transatlantische Bündnis, sondern eine Politik, die das Bündnis stärkt.

## **Die Gestaltungskraft der Demokratie für Europa nutzen**

Neben der Außen- und Sicherheitspolitik geht es auch darum, Europa nach innen zu stärken und in den sozialen Zusammenhalt zu investieren. Überall in Europa kämpfen die Menschen gerade mit den gestiegenen Preisen. Der Krieg gefährdet auch den sozialen Frieden bei uns. Das gehört zu Putins Strategie. Er führt einen Krieg gegen die europäischen Demokratien, er will sie zersetzen und auseinanderdividieren.

Wir müssen unsere Gesellschaften in dieser Krise zusammenhalten. Mit dem Corona-Wiederaufbaufonds und dem [SURE-Programm](#)<sup>3</sup>, einem europäischen Schutzschirm gegen Arbeitslosigkeit, haben wir genau das in der jüngsten Geschichte gezeigt. Das hat Sicherheit gegeben, überall in Europa. Jetzt kommt es darauf an, diese Fortschritte fest zu verankern. Dazu gehört auch, dass wir bei einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Flexibilität ermöglichen, um in Zukunftsthemen wie die ökologische und digitale Transformation zu investieren.

Die Transformation ist das Zukunftsthema schlechthin. Sie hat eine ökologische, eine ökonomische, aber spätestens mit diesem Krieg auch eine sicherheitspolitische Dimension. Wir haben im Koalitionsvertrag bereits ambitionierte Ziele gesetzt: Klimaneutralität bis 2045, massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, Förderung

innovativer Technologien. Dies alles hat durch die Zeitenwende eine neue Dringlichkeit erhalten. Wir wollen das nicht gegen die Industrie erreichen, sondern mit ihr zusammen vorantreiben.

Wir müssen jetzt mit Investitionen in erneuerbare Energien und neue Energiequellen schnell

vorankommen. Das wird für einige Jahre erhebliche Anstrengungen erfordern, aber es ist notwendig für unseren langfristigen Wohlstand. Damit schaffen wir die Grundlagen für gute Jobs und gute Löhne in Europa. Durch die Förderung klimafreundlicher Innovationen kann

---

<sup>3</sup> Europäische Kommission o. J.: Sure: Europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE), [https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/financial-assistance-eu/funding-mechanisms-and-facilities/sure\\_de](https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/financial-assistance-eu/funding-mechanisms-and-facilities/sure_de) (6.7.2022).

Europa auch globale Standards setzen. Es sind Investitionen in unsere Unabhängigkeit und damit auch in unsere Sicherheit.

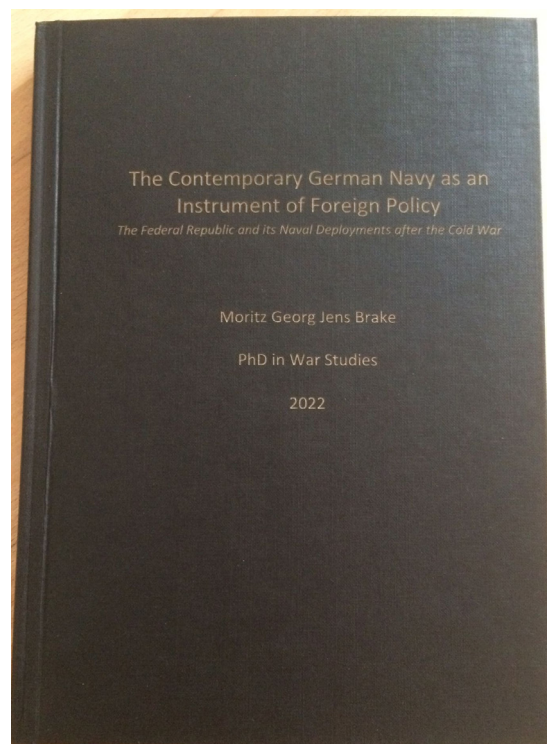
Das Alte ist nicht mehr, das Neue ist noch nicht. Doch ich glaube an die einzigartige Kraft Europas. Ich glaube an die Kraft sozialdemokratischer Überzeugungen für ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Solidarität. Und ich glaube an die Gestaltungskraft unserer Demokratie, die Kraft von Politik an Krisen zu wachsen und eine bessere Zukunft zu gestalten.



## **Aus dem Arbeitskreis: Vorstandsmitglied Moritz Brake legt erfolgreiche Doktorarbeit zur gegenwärtigen Deutschen Marine als Werkzeug der Außenpolitik vor**

Joachim Schaprian

Seestreitkräfte sind wichtige Instrumente der Außenpolitik – im maritimen 21. Jahrhundert umso mehr. Das dieser Nutzen der Marine als außenpolitisches Werkzeug besonders auch für ein global verantwortungsvoll engagiertes Deutschland gilt, weist unser stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreis, Moritz Brake, in seiner im Juli erfolgreich am Department of War Studies des King's College London abgeschlossenen Doktorarbeit nach. Unter Rückgriff auf die Auslandseinsätze der Marine seit 1990, stellt er nicht nur ihren Nutzen für die politischen Ziele Deutschlands heraus, sondern auch, dass sich das Wissen um diesen Wert auch zunehmend bei den politisch Verantwortlichen durchsetzt.



Letztlich gilt auch für Deutschland: Das strategische Umfeld, die operativen Herausforderungen, die Einsatzarten, die Technologie, die Demografie und der soziokulturelle Rahmen mögen sich in den Jahrzehnten seit dem Kalten Krieg erheblich verändert haben, doch der Nutzen von Marinen für die Staaten, die sie aufstellen und unterhalten, bleibt bestehen – was nicht zuletzt durch die beträchtlichen Ressourcen bewiesen wird, die letztere weiterhin in erstere investieren. Gemessen an den Fähigkeiten, dem Einsatzspektrum, dem Stand der Technik und der Ausbildung sowie der Einsatzgeschichte in den letzten drei Jahrzehnten seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Deutsche Marine heute ein sehr viel wertvolleres und breiter einsetzbares Mittel der Außenpolitik, als sie es je war. Dies gilt auch, und insbesondere, da in der Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine zunehmende materielle und intellektuelle Ressourcen in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft gebunden sein werden. Die Marine, weit mehr als Heer und Luftwaffe, erlaubt aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften eine globale Präsenz und vielseitige Handlungsfähigkeit zu vergleichsweise geringen politischen und finanziellen Kosten.

Wie auch in diesem Newsletter in den Beiträgen von Siemtje Möller und Lars Klingbeil deutlich zum Ausdruck kam: Neben aller nötigen Aufmerksamkeit für die Herausforderungen an der europäischen und transatlantischen Ostflanke, kann sich weder Deutschland noch Europa vor der Welt und ihren Krisen verschließen. Nicht zuletzt weist auch die zunehmende Rivalität mit China eine ganz zentrale maritime Dimension auf. Das vor diesem Hintergrund der Wert der Marine auch der politischen Führung bewusst ist, zeigt nicht zuletzt der substantielle

Anteil des 100-Milliarden Sonderbudgets, der – noch vor den Landstreitkräften – an die Marine geht.

Auch vor dem mittlerweile schmerzlich offensichtlich gewordenen Hintergrund, dass die politische und akademische Landschaft in Deutschland lange Zeit erschreckend blind für harte machtpolitische Realitäten und Fragestellungen war, ist es sehr zu begrüßen, wenn die im europäischen Ausland vorhandene Expertise durch persönliche Verbindungen den Weg in unseren Diskurs findet. Das King's College London hat dabei eine der ältesten und renommiertesten Fakultäten, die sich mit Krieg, Krisen und Konflikten befasst. Es ist daher nicht nur eine Bereicherung für unseren Arbeitskreis und unsere Partei, sondern auch für die Universität Bonn, an der Moritz Brake als Gastdozent lehrt, dass wir ihn als nun frisch Promovierten in unseren Reihen haben!

Herzlichen Glückwunsch an Dich, Dr. Moritz Brake, zur erfolgreich abgeschlossenen Arbeit!

Zum Schluss aber nicht zuletzt ein Hinweis: Informationen zum Arbeitskreis können Sie /  
können Sie auch abrufen unter

<http://www.nrwspd.de/gremien/6/1356/Arbeitskreis-Sicherheitspolitik-und-Bundeswehr.html>

**Anmerkung:**

Wir gehen davon aus, dass Sie / dass Ihr auch weiterhin an unserem Newsletter interessiert sind / seid. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, dann lassen Sie / lasst Ihr uns das bitte wissen

## Impressum

Vorsitzender des Arbeitskreises  
Joachim Schaprian

Redaktion des Newsletters  
Dr. Moritz Brake

SPD-Landesverband NRW  
Johannes-Rau-Haus  
Kavalleriestraße 12  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211/136220  
Mail: [info@nrwspd.de](mailto:info@nrwspd.de)